

Geographische Rundschau



www.geographischerundschau.de



Wandel im Arabischen Raum

Rahmenbedingungen des „Arabischen Frühlings“

Tahrir – ein neuer symbolischer Ort in Ägypten

„Arabischer Frühling“ in den Golfstaaten

Jugend(t)räume und Alltag in Marokko

Post-revolutionäres Libyen

Tunesien und Ägypten: Folgen für den Tourismus

Das post-revolutionäre Libyen

Entwicklungsperspektiven für einen ressourcenreichen, schwachen Staat

Die Entwicklungsperspektiven für das post-revolutionäre Libyen stellen sich auf den ersten Blick ausgesprochen positiv dar: Ein enormer Reichtum an Ressourcen – vor allem an Erdöl – und eine relativ geringe Gesamtbevölkerungszahl von nur etwas mehr als 6 Millionen, machen deutlich, dass das Land ungleich besser positioniert ist, als seine Nachbarländer im Arabischen Frühling, Tunesien und Ägypten. Die aktuellen Aufgaben sind jedoch gewaltig. Ihre Bewältigung wird darüber entscheiden, ob das derzeit reichste Land Afrikas seine Chancen nutzen können oder sich zu einem Failed State entwickelt.

Derzeit steht Libyen im Fokus mehrerer internationaler Akteure; die einen erhoffen sich eine islamistische Überprägung ausgehend vom weiten Sahara-Raum und die anderen schützen humanitäre Beweggründe und Demokratisierungs-Missionen vor, schielen aber in erster Linie doch nur auf Ressourcen. In Libyen demonstrierte der überwiegende Teil der Bevölkerung nicht aus Gründen materieller Not gegen *Gaddafi*, sondern wegen des Gefühls der politischen Unfreiheit bzw. der Ohnmacht, die sich aus einem Bewusstsein des „Politisch-nicht-eingebunden-Seins“ ergab. Auch wenn dies viele, vor allem junge, Libyer heute negieren, so ist ihre wirtschaftliche Situation

im reichsten Land Afrikas und in einem der reichsten Länder der Region Nordafrika/Mittlerer Osten mit der Not junger Tunesier, Jemeniten oder auch Ägypter in keiner Weise vergleichbar.

Mit dem Sieg der Revolutionäre und dem Tod *Gaddafis* schien für den Westen die Angelegenheit der „Arabellionen“ in Nordafrika zunächst erledigt. Einige argwöhnten noch aufkeimende „Stammeskriege“ in Libyen, welche die neue Demokratie bedrohen würden; allgemein aber hatte man die noch nicht revolutionär transformierten Hinterländer vergessen. Dies gilt nicht nur für den libyschen Sahararaum, der nach wie vor von großer Unsicherheit geprägt ist, sondern auch für die trans-saharischen Bereiche, in

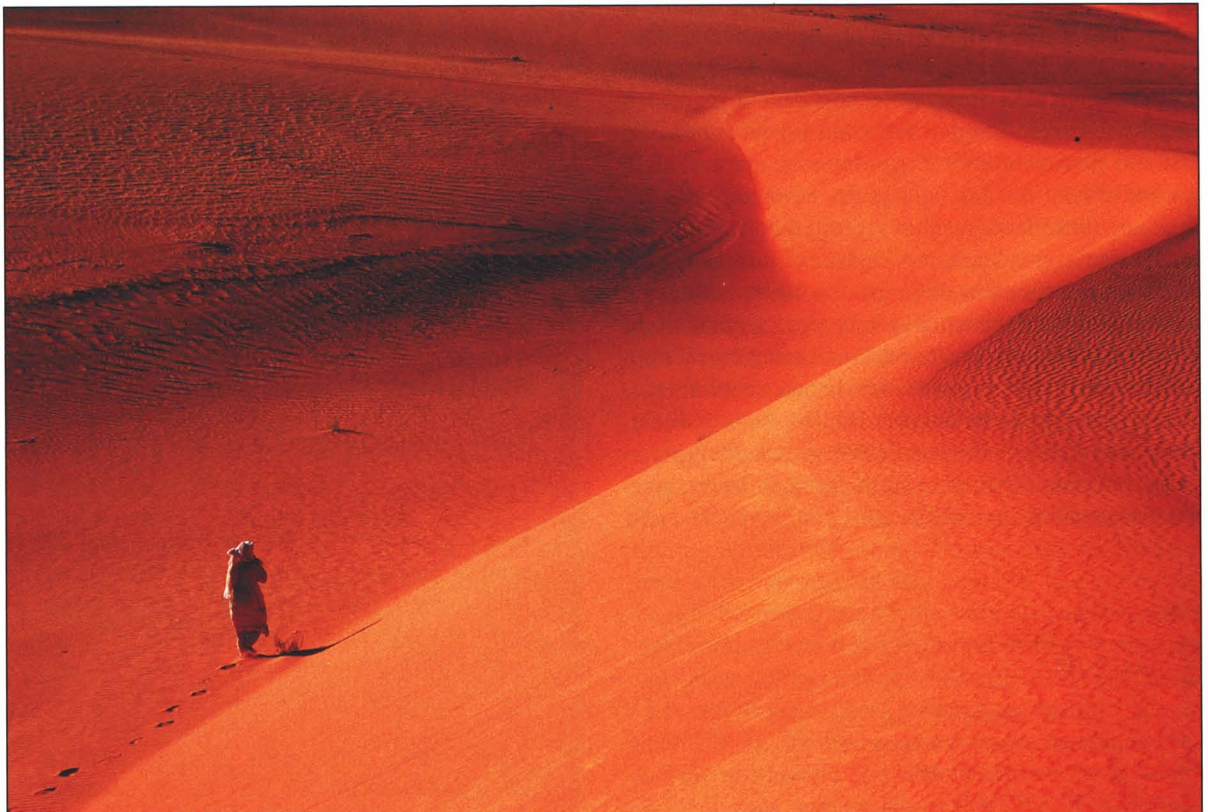


Foto 1: Tuareg im Wadi Adjal (libysche Zentralsahara)

Foto: A. Dittmann

denen eine traditionsreiche Destabilisierungspolitik Libyens Strukturen hinterlassen hatte, die u. a. in der Mali-Krise seit Spätsommer 2012 ihren Ausdruck fand (Dittmann 2013a).

Wüstenland Libyen

Mehr als 90 % der Landesfläche des 1 754 540 km² großen Libyens (Rang 16 der größten Länder der Erde) gehören zu ariden bzw. semiariden Gebieten mit Niederschlägen von weniger als 150 mm im Jahresmittel. Landwirtschaft ist ohne Bewässerung nur im küstennahen Tripolitani und in den Höhen des Gebel Al-Akhtar der Cyrenaika möglich. Der überwiegende Teil des Landes gehört zur Sahara (vgl. Foto 1), die im Bereich der Großen Syrte bis ans Mittelmeer heranreicht. Traditionell wird Libyen in die drei Großräume aufgeteilt: Tripolitani im Nordwesten, die Cyrenaika im Nordosten und die Sahara. Die libysche Sahara ist durch eine Wechsellage von Becken- und Gebirgslandschaften gegliedert. Die Küstenebene Tripolitaniens wird nach Süden vom Sahararaum durch die Schichtstufe des Gebel Nefusa abgegrenzt, an den sich nach Süden zunächst die große Steinwüste Hamada-el-Hamra und dann das Sandmeer von Ubari als Zentrum des Fezzan anschließen.

Sedimentgesteine bilden den gebirgigen Übergang nach Westen zum hauptsächlich auf algerischer Seite liegenden Tassili-Gebirge sowie nach Süden als Umrahmung des Murzukbeckens. Sand- und Kieswüstenabschnitte prägen den Südosten des Landes in der Umgebung der Kufra-Oasen, während das zentralsaharische Tibesti-Gebirge die Grenzregion zum Nachbarstaat Tschad markiert. Die größeren Oasen konzentrieren sich am Rande der Sandwüstengebiete (Ergs) und im Wadi Al-Adjal. Seit Tiefbohrungen nach fossilem Wasser dazu geführt haben, dass die Wurzeln der Palmen den Grundwasserspiegel nicht mehr erreichen können, ist es insbesondere im Raum zwischen Germa und Sebha zu verbreitetem Oasensterben gekommen.

Ethnische Struktur Libyens

Bei Diskussionen um Struktur und Aussehen eines nach-revolutionären Libyen wird oft das Szenario eines Rückfalls auf das Entwicklungsstadium einer „Stammesgesellschaft“ prognostiziert, bei dem sich „Stamm gegen Stamm“ erheben und das Land in ein postrevolutionäres Chaos stürzen würde. Solche Zukunftsbeschreibungen entbehren weitgehend jeder Grundlage. Tribales Denken in Stammesstrukturen ist in Libyen nicht viel stärker ausgeprägt als in seinen Nachbarländern Tunesien und Ägypten. Libyen ist gerade in dieser Hinsicht wesentlich moderner als dies viele europäische Beobachter und manche Nahost-Experten glauben machen wollen. Die Vorstellung von ethnischen Auseinandersetzungen in einem von Instabilität und Dekapitation geprägten afrikanischen Land ist eher eine zwar alte, deshalb jedoch noch lange nicht richtige europäische Klischeevorstellung. Denn zum einen hatte Staatschef *Gaddafi* selbst über Jahr-

zehnte eine Politik der Schwächung des Einflusses der Stämme betrieben und letztendlich auch umgesetzt. Zum anderen hat sich die moderner werdende und zunehmend urbanisierende libysche Gesellschaft selbst de-tribalisiert und wohnt heute zum überwiegenden Teil in Städten (insbesondere in Tripolis, Benghazi und Misurata), wo Stammesstrukturen keine oder bestenfalls noch eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Bevölkerung Libyens besteht zum weitaus überwiegenden Teil aus Arabern und arabisierten Berbern. Bei einer durchschnittlichen Bevölkerungswachstumsrate von 3,5 % ist die Altersstruktur der insgesamt 6,14 Mio. Libyer ausgesprochen jung. Etwa 18 % der Libyer sind jünger als 15 Jahre, was angesichts einer ebenfalls relativ hohen Arbeitslosenquote von 25 bis 30 % potentielle soziale und gesellschaftliche Problemkonstellationen künftiger Entwicklungen anzeigt und als ein wesentlicher Grund für das derzeitige Unruhepotenzial angesehen werden kann. Die meisten Libyer leben im relativ schmalen Küstenstreifen von Tripolitani und der Cyrenaika, wobei die städtischen Zentren besondere Sogwirkung für den Zuzug vom Land haben. Etwa ein Viertel der libyschen Bevölkerung ist berberischen Ursprungs. Die meisten von ihnen leben in der Gebirgsregion des Gebel Nefusa, in die sich ihre Vorfahren vor Jahrhunderten vor den einwandernden Arabern zurückzogen. Das Bekenntnis zu berberischen Wurzeln der Abstammung gewinnt erst in letzter Zeit immer größere Popularität, so dass Bevölkerungsstatistiken auch vor diesem Hintergrund neu gedacht werden müssen. Libyen weist insgesamt eine ausgesprochen heterogene Bevölkerungsstruktur auf.

Segen und Fluch des Erdöls

Trotz jahrzehntelanger Bemühungen um eine Diversifizierung der libyschen Wirtschaft bestimmte zu allen Zeiten die Entwicklung des Ölpreises die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes. Über 90 % aller Wirtschaftsaktivitäten hängen mittelbar oder unmittelbar mit dem Export oder der Weiterverarbeitung von Erdöl zusammen. Die Probleme, welche sich aus einer solch einseitigen Abhängigkeit ergeben, sind Wirtschaftsplanern durchaus bewusst (Dittmann 2001). Gegenmaßnahmen haben allerdings nie recht gegriffen. Dies ist nur teilweise auf die in den letzten Jahren gegen Libyen verhängten Wirtschaftssanktionen zurückzuführen, obwohl die *Gaddafi*-Regierung stets bemüht war, die Hauptgründe für wirtschaftliche Fehlentwicklungen auf externe Faktoren zurückzuführen.

Die jüngere Geschichte Libyens ist untrennbar mit dem Wirken von *Muammar Al-Gaddafi* verbunden. Als Revolutionsführer lenkte er de facto seit 1969 unter wechselnden Amtsbezeichnungen die Geschicke des Landes. Die von *Gaddafi* propagierte sog. „Grüne Revolution“ ab Anfang der 1970er Jahre hatte sich die „nationale Befreiung“ von wirtschaftlicher Abhängigkeit von den USA und Großbritannien sowie die gesamtwirtschaftliche Nutzung der Erdölreserven zur Aufgabe gemacht.

Libyen war in der westlichen Einteilung der Welt in Gut und Böse über Jahrzehnte ein charakteristischer Vertreter der sog. „Schurkenstaaten“. Seitens des US-Außenministeriums wurde Libyen lange zusammen mit Afghanistan, Irak, Iran, Kuba, Nord-Korea, Pakistan, Sudan und Syrien auf der Liste der „Schurkenstaaten“ geführt. Vor allem mit Deviseneinnahmen aus dem Erdölgeschäft unterstützte Libyen in der Vergangenheit weltweit eine Vielzahl unterschiedlichster Terrororganisationen.

Vom Partner zum Schurken

Die abermalige Verwandlung, diesmal vom Partner wieder zurück zum Schurken, unternahm nicht *Gaddafi* selbst, sie wurde ihm von westlichen Akteuren unter dem Eindruck der „Arabellionen“ und mit Blick auf das libysche Erdöl übergestülpt. Man rechnete im Februar 2011 allgemein mit einem ebenso schnellen Erfolg des Aufstandes in Libyen. Dies war eine eklatante Fehleinschätzung. Sie führte in den folgenden Monaten zu einer Stagnation der Revolte in Libyen und zu einem Festfahren der Fronten. Im Umfeld der arabischen Revolutionen in Nordafrika hat sich vor allem der Akteur Frankreich gleich mehrere schwerwiegende Fehler erlaubt, die heute als wesentlicher Grund für das beinahe Scheitern der libyschen Revolte angesehen werden können: Frankreich musste also handeln, um nicht zu riskieren über Jahrzehnte hinweg im südlichen Mittelmeerraum den Boden unter den Füßen bzw. die dortigen Märkte der Zukunft zu verlieren.

In dieser Situation stellte sich Frankreich schnell – und wie sich im Nachhinein herausstellte zu schnell – auf die Seite der libyschen Rebellen. Deren raschen Sieg in Libyen sah man ebenso kommen wie den baldigen Sturz Gaddafis und wollte daher rechtzeitig auf Seiten der Sieger stehen. Drei Strategierichtungen

werden mit der von vielen Beobachtern als überhastet interpretierten Parteinahme Frankreichs für die revolutionäre in Libyen verbunden:

- Zum einen wollte Frankreich damit sein in der Arabischen Welt stark angeschlagenes Image wieder verbessern und als Unterstützer des Arabischen Aufstandes gelten.
- Des Weiteren wollte sich Frankreich mit der klaren Parteinahme bei den vermeintlichen künftigen Machthabern in Libyen in eine bessere Geschäftsausgangslage – insbesondere gegenüber Italien – positionieren und damit seine angestrebte mediterrane Vormachtstellung weiter ausbauen.
- Und drittens wollte der damalige Präsident *Sarkozy* vor langer Zeit mit *Gaddafi* eingefädelt Geschäftsbeziehungen unbedingt retten und auf die Nach-Revolutionsregierung übertragen, ohne dabei den gerade erst gewonnenen nordafrikanischen Handelspartner Libyen wieder zu verlieren.

Ein wichtiger Bestandteil der noch mit *Gaddafi* ausgehandelten und nun auf die Regierung in Nachrevolution-Libyen zu übertragenden bilateralen Geschäfte sind insbesondere die Verträge über den Verkauf von sieben französischen Atomkraftwerken neuester Bauart, die Frankreich demnächst an Libyen verkaufen sollte. Dieses enorme Geschäft (1,3 Mrd. € pro Reaktor) sah man in Frankreich gefährdet, sollte man sich nicht rechtzeitig mit den Rebellen gut stellen. Es kam Frankreich also ab Ende Februar 2011 darauf an, schnell und eindeutig zu handeln – möglichst mit internationaler Rückendeckung. Diese war von der EU nur zögerlich, von der NATO zunächst gar nicht und den UN nur unter Vorbehalt zu erhalten. Dennoch drängte die Zeit, denn in Libyen waren die Rebellen nach anfänglichen Achtungserfolgen von den Truppen des *Gaddafi*-Regime wieder zurückgedrängt worden; es drohte die Einnahme der Stadt Benghazi. Damit wäre das Ende des libyschen Aufstandes besiegelt gewesen, und die umzuschreibenden Atom-Geschäfte hätten sich in Luft aufgelöst, denn *Gaddafi* hätte mit dem verlorenen Freund Frankreich nicht mehr paktiert. Nur so ist im Nachhinein zu erklären, warum Frankreich seinerzeit auf ein so rasches Eingreifen in Libyen drängte und viele Entscheidungsprozesse der westlichen und internationalen Allianz kaum abwarten konnte.

Auf Seiten der Revolutionäre hatte man schnell verstanden, wer hier wem rasch geholfen hatte und nicht nur in Benghazi, sondern auch in anderen Städten der Arabischen Welt hisste Plakate mit Dankesworten an Frankreich, verriet, dass *Sarkozys* Rechnung aufgegangen war: Die Umschreibungsoption der AKW-Verkaufspläne auf Kunden aus der Revolutionsbewegung war gelungen, das Geschäft vorerst gesichert.

Die ersten demokratischen Wahlen in Libyen

Der Verlauf der politischen Ereignisse in Libyen in der Vorbereitung und Durchführung sowie anschließenden Umsetzung der ersten demokratischen Wahlen des Landes erfuhren ein deutlich geringeres Medien-

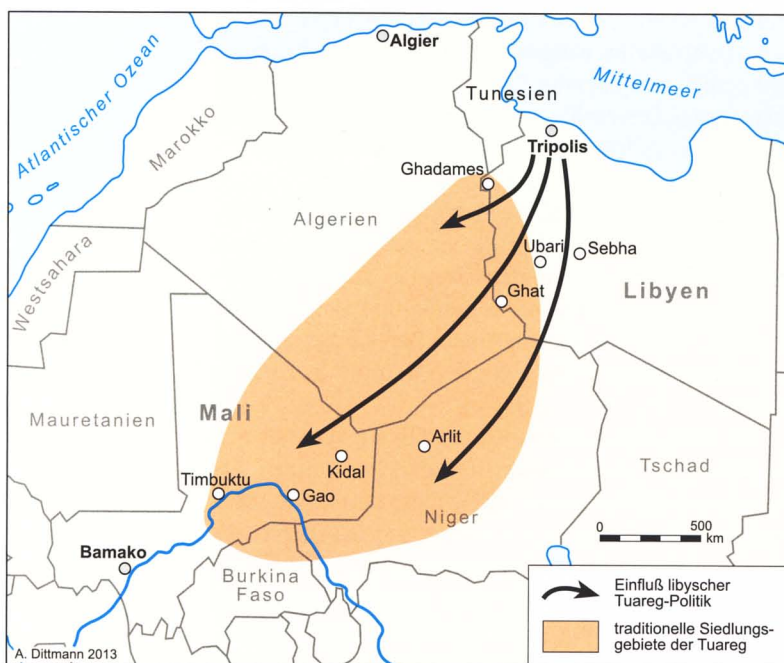


Abb. 1: Wege libyscher Destabilisierungspolitik in den Verbreitungsgebieten der Tuareg

interesse als die Kämpfe im Zuge der libyschen Revolution. Ohne allzu zynisch sein zu wollen, sei an dieser Stelle die Hypothese aufgestellt, dass dies mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auch damit zusammenhängt, dass die libyschen Wahlen ohne größere der im Vorfeld vielfach prognostizierten Katastrophen ausgenommen sind. Bei der nachträglichen Lektüre und Analyse von Medienmeldungen unterschiedlicher Art sowohl deutscher als auch internationaler Provenienz lässt sich feststellen, dass der weitaus überwiegende Teil der Medien offenbar nach dem Motto „only bad news are good news“ gehandelt hat.

Im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen war die junge, gerade im Anfangsstadium begriffene libysche Demokratie jedoch von einigen Ereignissen belastet worden, die von ausländischen Beobachtern nur unzureichend kompetent eingeordnet wurden. Die Gefahr einer islamistischen Machtübernahme in Gesamtlibyen wurde vielfach heraufbeschworen. Es zeichnete sich zum damaligen Zeitpunkt bereits ein über alle Erwartungen hinausgehender hoher Anteil von islamischen und islamistischen Gruppen bei den Wahlen im Nachbarland Ägypten ab, und viele Analytiker erwarteten vergleichbare Ergebnisse für Libyen.

Entwicklungsprognosen für das postrevolutionäre Libyen

Das nach-revolutionäre Libyen ist zwei Jahre nach der Zerschlagung des Gaddafi-Regimes von deutlichen staatlichen Schwäche- und Zerfallsmerkmalen gekennzeichnet. Die Übergangsregierung hat große Schwierigkeiten, die Souveränität des Staates und vor allem das nur noch theoretisch vorhandene staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Sowohl einzelne Sektionen des Staatsapparates als auch ganze Landesteile stellen sich derzeit als unkontrollierbare Bereiche dar. Den Übergang zwischen einem „schwächelnden Staat“ (Failing State) zu einem Zerfallenen Staat (Failed State) markieren folgende Punkte:

- staatlicher Kontrollverlust über weite Landesteile,
- kaum durchsetzungsfähige Exekutive (insb. schwache Polizei),
- stark bewaffnete Milizen als politische Bestimmungsgroßen,
- wachsender islamistischer Einfluss,
- Erstarken von Al-Qaida- und AQMI-Einheiten,
- Verschärfung des traditionellen libyschen Ost-West-Gegensatzes.

In weiten Bereichen im Süden des Landes in der Sahara existieren staatliche Kontrollmechanismen allenfalls theoretisch. Hier weichen staatliche Souveränität und die Fähigkeit, das eigene Gebiet kontrollieren zu können, mehr und mehr auf. Dort, wo im Siedlungsbereich der Tubu an der Südgrenze das Tibesti-Gebirge den Übergangsbereich zum Nord-Tschad markiert, setzten die Verfallsprozesse zuerst ein. Hier konnten sich bereits kurz nach der Revolution Schmuggler, Schleuser und andere Kriminelle erfolgreich gegen staatliche Versuche, den Grenzverkehr zu regulieren,

durchsetzen. Auch die traditionellen Siedlungsbereiche der Tuareg im Westen und Südwesten (vgl. Abb. 1) entziehen sich mehr und mehr staatlichen Kontrollmöglichkeiten. Dabei sind es weniger Sezessions- oder Unabhängigkeitsbestrebungen, als vielmehr das Bestreben, in der Übergangszone zwischen Subsahara- und Nordafrika ungestört Geschäfte machen zu können. Dem Menschensmuggel und dem Schleusen von Flüchtlingen aus den Ländern südlich der Sahara kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Durch Libyen führten schon immer die kürzesten Verbindungswege zwischen Subsahara-Afrika und der Mittelmeerküste. Während des Gaddafi-Regimes wurden entsprechende Migrationsbewegungen jedoch stark eingeschränkt und – wie man heute weiß in europäischem Auftrag und mit Geld aus Brüssel – weitgehend eingedämmt. Wie sehr sich die Migrationsproblematik über das Gebiet des schwachen Staates Libyen verschärft hat, zeigten auf schrecklich eindrucksvolle Weise die katastrophalen Ereignisse um die italienische Insel Lampedusa im Oktober 2013.

Weitaus schwerer als die Gebietskontrollverluste im Süden und Südwesten wirkt jedoch die Schwäche des Staates beim Versuch der Durchsetzung politischer Entscheidungen. Die massive Einmischung von paramilitärischen Milizen in politische Entscheidungsprozesse kommt dabei die größte Bedeutung zu. Im Laufe der libyschen Revolution bewaffneten sich weite Teile der Zivilbevölkerung. Es entstanden verschiedene, meist über die regionale Herkunft ihrer Mitglieder definierte Milizen, die einen Großteil ihrer Bewaffnung über die Plünderung staatlicher Waffendepots erhielten. Es wird sich wohl nie endgültig aufklären lassen, welche ausländischen Akteure zusätzlich Waffen in die libysche Revolution lieferten. Saudi-Arabien hatte ein starkes Interesse an einer Aufrüstung der islamistischen Gruppen im Nordosten des Landes und auch der Westen dürfte mehr als offiziell zugegeben an Waffenlieferungen an Gaddafi-Gegner beteiligt gewesen sein. Ein Resultat dieser Entwicklungen ist die beunruhigende Tatsache, dass Libyen heute den höchsten Grad an bewaffneter Zivilbevölkerung in ganz Nordafrika aufweist. Eine dringend notwendige Demobilisierung und Entwaffnung ist nicht in Sicht.

Insbesondere die Milizen fürchten, mit einer Zustimmung zur Entwaffnung auch die letzten Reste politischen Einflusses zu verlieren und sie haben umgekehrt gelernt, dass sie, solange sie mit den Säbeln rasseln können, über einen gewissen Einfluss verfügen. Dies zeigte sich v.a. Mitte 2013 durch die Besetzung verschiedener Ministerien, deren politische Positionierung, Personalzusammensetzung oder Machtstellung wiederholt bewaffnete Milizen gewaltsam zu beeinflussen suchten. Hier offenbart sich die zugleich größte und die gefährlichste aktuelle Schwäche der libyschen Übergangsregierung. Solange es nicht gelingt, die staatliche Exekutive so zu stärken, dass künftig nicht mehr jeder Gruppierung, die an offizieller Politik etwas auszusetzen hat, versuchen kann mit Waffengewalt ihre eigenen Ziele durchzusetzen, kann der Staat in Libyen nicht als nachhaltig stabilisiert gelten.



Foto 2: Staat zeigt Stärke: Armeeposten in Tripoli

Foto: dpa/picture-alliance

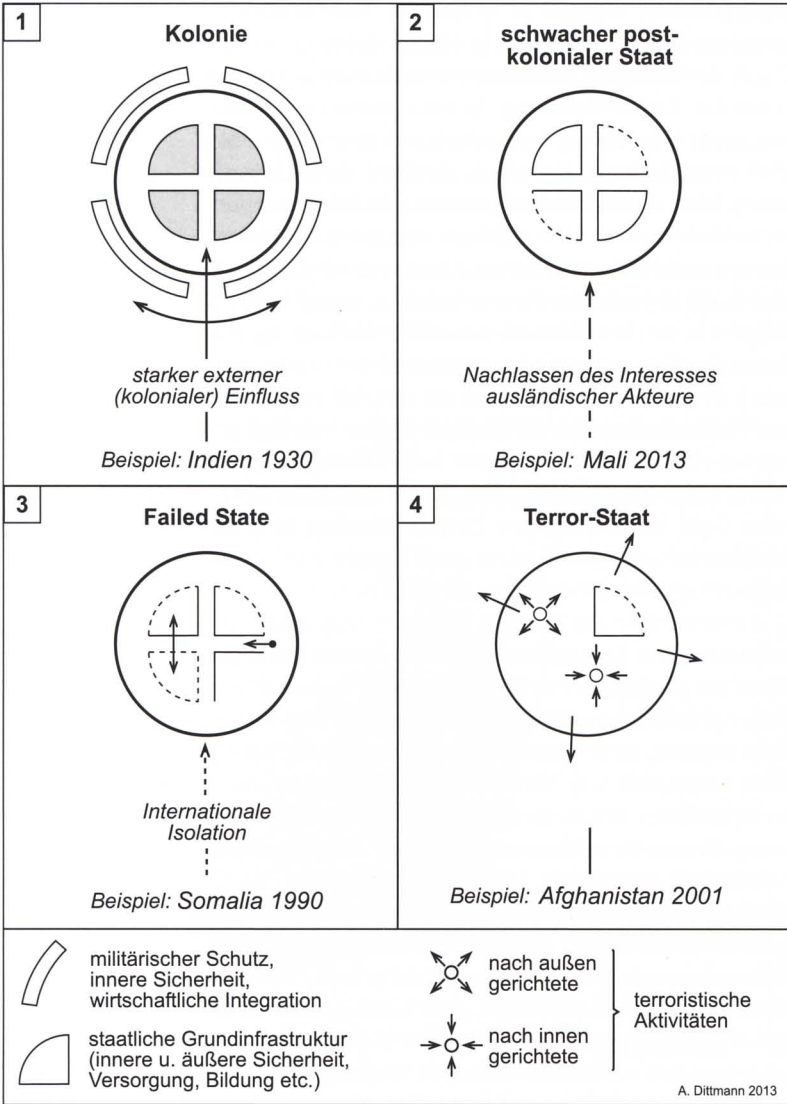


Abb. 2: Modell der Entstehung von „Failed States“ und „Terror-Staaten“

Westliche Akteure beobachten die staatlichen Schwächesymptome in Libyen zwar mit Interesse, bringen sich allerdings weitaus weniger ein, als dies noch während der Revolution der Fall war. Die eingangs formulierte These, dass das Interesse an Libyen vor allem auf sein Erdöl und bestenfalls beiläufig auf eine Demokratisierung gerichtet sei, scheint sich aktuell zu bestätigen. Ein deutliches Anzeichen dafür ist die fortschreitende Unkontrollierbarkeit und Verselbständigung des Erdölsektors. Dabei wirkt die Besetzung von Erdölförderanlagen durch lokale Warlords oder Milizengruppen, die damit bestimmte politische Ziele erzwingen wollen, keineswegs so schwer wie die immer mehr um sich greifenden Selbstbereicherungsaktionen. Vielfach sind lokal mächtige Gruppen von Bewaffneten dazu übergegangen, Erdöl auf eigene Faust, unter Umgehung staatlicher Kontroll- und Ausführorgane, zu exportieren. Geschäftspartner finden sich dazu nur allzu leicht. Tanker internationaler Erdölunternehmen warten vor der Küste der Großen Syrte auf entsprechende Gelegenheiten. Wie verzweifelt die Situation für die nach Kontrolle der Erdölexporte trachtende schwache Regierung ist, zeigt die Drohung des Übergangspräsidenten, nichtlizenzierte Öltanker, die nicht autorisiert Ölgeschäfte mit Milizengruppen machen, vor der Küste bombardieren zu lassen.

In der Summe stellt sich Libyen Anfang 2014 als ein Land dar, das wesentliche Grundaufgaben eines Staates nicht erfüllen kann. Der Kontrollverlust über weite Sahara-Gebiete und die Verletzbarkeit gegenüber den Erpressungsversuchen bewaffneter Milizen repräsentieren dabei nur die gravierendsten Schwachpunkte. Der libysche Weg vom Weak State zum Failing State und möglicherweise einmal zum Failed State erinnert in vielfacher Hinsicht an die Kennzahlen anderer schwächelnder Staaten in der Region des Mittleren Ostens und Nordafrikas (vgl. Abb. 2). Der Verlust der Gebietskontrolle über weite Sahara-Gebiete zeichnet in verblüffender Weise Strukturen nach, die bis zum Eingreifen einer westlichen Militärallianz im Frühsommer 2013 das Azawad-Gebiet Nord-Malis kennzeichneten. Auch hier war staatlichen Organen nach und nach die Kontrolle entglitten, waren Unabhängigkeits- und Terror-Aktionen eine unheilige Allianz eingegangen und hatten den Staat bis an den Rand des Kollapses gebracht. Auch in Libyen nimmt heute der Einfluss der früher Nord-Mali destabilisierenden AQMI (Al-Qaida en Maghreb Islamique) stetig zu. Unterstützung findet sie vor allem im Nordosten des Landes, wo allgemein in der Cyrenaika und namentlich in und um Benghasi islamistische Oppositionsgruppen das notwendige Substrat bilden.

Rolle der Islamisten im post-revolutionären Libyen

Bei den Versuchen, die Gefahren welche von islamistischen Gruppen in Libyen potentiell ausgehen können zu identifizieren, ist zu beachten, dass der Anteil der fundamentalistisch islamisch oder islamistisch ausgerichteten Bevölkerungsteile deutlich geringer aus-

fällt, als beispielsweise in den Nachbarländern Tunesien und Libyen. Dies hat verschiedene Ursachen. Eine wichtige Rolle spielt, dass bereits unter dem *Gaddafi*-Regime eine starke islamische Prägung viele Bereiche des öffentlichen Lebens bestimmte. Die Ausrichtung an der Scharia und eine deutliche islamische Komponente in der von *Gaddafi* propagierten Ideologie bis hin zu eher symbolischen Maßnahmen (z. B. Einführung der Landesflagge als komplett grünem Banner, nach der heiligen Farbe des Islam, oder einer strengen Prohibition) ließen die Libyer ggf. einiges andere vermissen, weniger jedoch eine noch strengere islamische Ausrichtung.

Der zweite wichtige Grund für ein relativ schwaches Abschneiden islamistischer Gruppen bei den libyschen Wahlen, mit nur 17 von insgesamt 200 Parlamentssitzen für islamistische Gruppen, ist der relativ lange zeitliche Abstand insbesondere im Vergleich zu den Wahlen in Ägypten. Sehr genau hatte man in Libyen ein Umschwenken der Extreme in Ägypten bemerkt, wo islamistische Parteien über 70% erreichten. Dies wirkte – nicht nur im Westen – sondern auch in Libyen abschreckend. Nach der ersten post-revolutionären Euphorie wollte man in Libyen vieles, aber sicher nicht das Ersetzen der alten Diktatur durch neue Extreme. Entsprechend moderat fielen die Wahlergebnisse aus.

Zwei weitere Faktoren begründen den vergleichsweise (noch) geringen Einfluss islamistischer Gruppierungen in Libyen: Radikalisierte islamische Gruppen waren in der Vergangenheit und sind auch heute noch im wesentlichen auf die Cyrenaika im Nordosten des Landes konzentriert, ein Gebiet, das traditionell in Konkurrenz zum bevölkerungsreicheren Tripolitani im Nordwesten steht, wo es islamistische Tendenzen schon vor dem Hintergrund der seit langem überlieferten regionaler Rivalitäten schwerer haben. Des- eskalierend dürfte sich im Moment auch noch auswirken, dass viele ehemalige Dschihadisten der libyschen Revolution derzeit in Syrien tätig sind und dort ihren Vorstellungen vom Heiligen Krieg nachgehen, wodurch zumindest für die innerlibyschen Entwicklungen ein erhebliches Gewaltpotenzial zunächst nicht wirksam wird.

III

LITERATUR

- Becker, J. M. und G. Sommer (Hrsg.) (2012): Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen.“ Berlin (Schriftenreihe zur Konfliktforschung, Bd. 26)
- Braun, G. und A. M. E. Jones (2013): Libya – Building the Future with Youth. Challenges for Education and Employability. Eschborn, Tripolis
- Busse, J. und H. Franzmeier (2011): Die unvollendete Revolution. Amnesty Journal 4/5, S. 44–45
- Cremer, U. (2012): Deutschland, Frankreich und der Libyenkrieg. In: J. M. Becker und G. Sommer (Hrsg.): Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen.“ Berlin, S. 131–144 (Schriftenreihe zur Konfliktforschung, Bd. 26)
- Dittmann, A. (2001): Libyen – Land im Abseits? Geographische Rundschau 53 (6), S. 12–17
- Dittmann, A. (2010): Libyen. In: Afrika-Lexikon. Geographie, Geschichte, Kultur, Politik und Wirtschaft. Frankfurt, New York, S. 254–256
- Dittmann, A. (2012): Keine Sehnsucht nach Islamismus. Arte-Journal 6/2012
- Dittmann, A. (2013): Zur Geographie der historischen und politischen Entwicklungsvoraussetzungen des post-revolutionären Libyen. In: T. G. Schneiders (Hrsg.): Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen. Berlin, Heidelberg, S. 205–230
- Kleinwächter, C. (2012): Libyen – Kulturlandschaften in Zeiten des Krieges. In: J. M. Becker und G. Sommer (Hrsg.): Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen.“ Berlin, S. 257–272 (Schriftenreihe zur Konfliktforschung, Bd. 26)
- Perthes, V. (2013): Politische Perspektiven der arabischen Revolutionen: Liberale, Islamisten und Militärs zwischen demokratischer Konsolidierung und Bürgerkrieg. In: T. G. Schneiders (Hrsg.): Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen. Berlin, Heidelberg, S. 81–94
- Schlumberger, O., N. Kreitmeyr und T. Matzke (2013): Arabische Revolten und politische Herrschaft: Wie überlebensfähig sind Autokratien im Vorderen Orient? In: T. G. Schneiders (Hrsg.): Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen. Berlin, Heidelberg, S. 33–64
- Wagner, J. (2012): Der Libyen-Krieg und die Interessen der NATO. In: J. M. Becker und G. Sommer (Hrsg.): Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen.“ Berlin, S. 109–130 (Schriftenreihe zur Konfliktforschung, Bd. 26)

SUMMARY

Post-Revolutionary Libya. Perspectives for a Weak State with Rich Resources

by Andreas Dittmann

Development perspectives for post-revolutionary Libya look very positive on a first view: enormously rich in resources – especially crude oil – and a small population size of around 6 million illustrate that Libya is much better positioned than Tunisia and Egypt, its neighbors of the “Arab Spring”. However, current challenges are overwhelming. Their success will determine whether the richest country in Africa can use its potentials or might end up as a failed state.

AUTOR

Professor Dr. ANDREAS DITTMANN, geb. 1959
Institut für Geographie, Universität Gießen,
Senckenbergstraße 1, 35390 Gießen
andreas.dittmann@uni-giessen.de
Arbeitsgebiete/Forschungsschwerpunkte:
Nordafrika/Mittlerer Osten, Kulturgeographie,
Subsahara-Afrika, Geographische Entwicklungsforschung



GR 1/2014
**Flughafen und
Stadtentwicklung**

Heftbestellung oder Artikel-Download bei „Suchen und Finden“ unter www.geographische-rundschau.de (pdf-Download für Privatabonnenten der GR kostenlos)